

Freundschaft

Tageszeitung der sowjetdeutschen Bevölkerung Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Freitag, 17. Juni 1983

Nr. 116 (4 494)

Preis 3 Kopeken

Am 16. Juni begann in Moskau die achte Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der zehnten Legislaturperiode ihre Arbeit.

Im Interesse des Friedens und im Interesse des Volkes

Achte Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der zehnten Legislaturperiode

Der Sowjetmensch — der vollberechtigte Herr des Landes und aktiver Erbauer des Kommunismus — löst nach Ausmaß und Komplexität grandiose Aufgaben. Die Politik der Partei faßt er als seine eigene, den vitalen Interessen des Volkes entsprechende Politik auf.

Alle Sowjetmenschen billigen einmütig die Beschlüsse des eben stattgefundenen Plenums des ZK der KPdSU, auf dem die aktuellen Fragen der ideologischen und politischen Massenarbeit der Partei behandelt wurden. In der Rede des Genossen J. W. Andropow und in den anderen Dokumenten des Plenums wurde eine allseitige realistische Analyse der jetzigen Lage geliefert und wurden die Schlüsselaufgaben festgelegt, die vor Partei und Volk in der gegenwärtigen Etappe des entwickelten Sozialismus stehen.

Das Gefühl des Kollektivismus und des unmittelbaren Beteiligenseins an den geschichtlichen Angelegenheiten, die ehrliche und bewußte Einstellung zur Arbeit, sind ein integrierendes Wesenszug der sozialistischen Lebensweise geworden. Die sowjetischen Menschen wissen: Für die Festigung der Macht ihrer Heimat sorgend, leisten sie einen gewichtigen Beitrag zur Festigung der internationalen Sicherheit, leisten Widerstand dem aggressiven Kurs der imperialistischen Kreise, die den historischen Prozeß zu stoppen und den wachsenden Einfluß des realen Sozialismus — des Hauptbollwerks des Friedens und der Völkerfreiheit — zu blockieren versuchen.

In der Atmosphäre von hohem politischem Elan und Sachlichkeit hat am 16. Juni in Moskau die achte Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der zehnten Legislaturperiode ihre Arbeit begonnen.

Um 10 Uhr vormittags wurden die getrennten Sitzungen des Unions- und des Nationalitätensowjets eröffnet.

Die Versammlungen ehrten das Andenken der Deputierten A. J. Pelsche, T. J. Kisseljow, E. K. Iltner, W. F. Mizkewitsch, W. W. Prischtschitsch, die im Zeitraum zwischen den Tagungen verschieden sind.

In den getrennten Sitzungen der Kammern wurden die Mitteilungen der Mandatskommissionen über die Prüfung der Vollmachten der neu gewählten Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR entgegengenommen. Die Berichte erstellten die Vorsitzenden der Kommissionen: im Unionsowjet — K. S. Demirtschjan, im Nationalitätensowjet — A. G. Korkin. Über die Berichte wurden entsprechende Beschlüsse gefaßt.

In den Sitzungen der Kammern wurde einstimmig die Ta-

ges- und die Geschäftsordnung für die Tagung bestätigt.

Zur Erörterung stehen folgende Fragen:

1. Wahl des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

2. Einige Veränderungen in der Zusammensetzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

3. Internationale Lage und Außenpolitik der Sowjetunion.

4. Entwurf des Gesetzes der UdSSR über die Arbeitskollektive und die Erhöhung ihrer Rol-

le bei der Leitung der Betriebe, Dienststellen und Organisationen.

5. Bestätigung der Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

Gemäß der Geschäftsordnung des Obersten Sowjets der UdSSR und der Bestimmung über die Ständigen Kommissionen der Kammern haben der Unions- und der Nationalitätensowjet in der Zusammensetzung einiger Ständiger Kommissionen der Kammern Veränderungen vorgenommen.

Die erste getrennte Sitzung des Unions- und des Nationalitätensowjets begann um 11 Uhr im Großen Kremelpalast.

Mit anhaltendem stürmischem Beifall begrüßten die Deputierten und Gäste die Genossen J. W. Andropow, G. A. Aljew, M. S. Gorbatschow, V. W. Girschschin, A. A. Gromyko, D. A. Kunajew, G. W. Romanow, N. A. Tichonow, D. F. Ustinow, K. U. Tschernenko, W. W. Schtscherbizki, W. I. Worot-

nikow, P. N. Demirtschew, W. I. Dolgich, W. W. Kusnezow, B. N. Ponomarjow, Sch. R. Raschidow, M. S. Solomenzew, E. A. Schewardnadse, M. W. Simjanin, I. W. Kapitonow, K. V. Russakow, N. I. Ryshkow.

Der Vorsitzende des Unionsowjets — A. P. Schilnikow eröffnete die gemeinsame Sitzung der Kammern. Das Wort wird dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Sekretär des ZK der KPdSU, Deputierten K. U. Tschernenko erteilt.

Ansprache des Genossen K. U. TSCHERNENKO

Genossen Deputierte! Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und die Astenratr des Unionsowjets und des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets stellen Ihnen den Vorschlag zur Diskussion, den Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Genossen Juri Wladimirowitsch Andropow, zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu wählen. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall. Alle erheben sich).

Diese Frage wurde auf dem Plenum des ZK erörtert. In einer Atmosphäre der völligen Einmütigkeit erkannte es das Plenum als zweckmäßig, daß der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Genosse Juri Wladimirowitsch Andropow, gleichzeitig auch den Posten des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR bekleidet. (Anhaltender Beifall).

Das Politbüro des ZK der KPdSU und das Plenum des ZK gingen davon aus, daß die Zuznahme der führenden und len-

kenden Rolle der Kommunistischen Partei im Leben der sowjetischen Gesellschaft, in unserer Innen- und Außenpolitik von den sowjetischen Menschen und im Ausland völlig zu Recht als Zeugnis der Untrennbarkeit der Autorität von Partei und Staat und als Ausdruck der Einheit des Geistes und Willens von Partei und Volk wahrgenommen wird.

Durch die zielstrebige, energische und initiativere Tätigkeit auf dem Posten des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, durch seine fachlichen und menschlichen Qualitäten, seine Erfahrung und politische Weisheit hat sich J. W. Andropow allgemeine Hochachtung, Vertrauen und Sympathien der Partei und des Volkes erworben. In seiner Person sehen die sowjetischen Kommunisten, alle Werktätigen und unsere ausländischen Freunde einen hervorragenden Führer leninischen Typs.

Mit der Tätigkeit von J. W. Andropow untrennbar verbunden sind die weitere Festigung der Einheit von Partei und Volk, die Kontinuität des Kurses unserer Innen- und Außenpoli-

itik und die vom ganzen Volk gebilligten Maßnahmen zur weiteren Vervollkommnung der Gesellschaft des entwickelten Sozialismus, zur Stärkung des Wirtschafts- und Verteidigungspotentials unserer Heimat.

Mit der Tätigkeit J. W. Andropows untrennbar verbunden ist die feste und konsequente Linie der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates, die auf die Gesundung der internationalen Lage, auf eine Wende der Entwicklung zurück zur Entspannung und auf die Verhütung einer thermonuklearen Katastrophe gerichtet ist. J. W. Andropow vertritt diese Linie autoritativ auf internationaler Ebene.

Die Wahl des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Genossen Juri Wladimirowitsch Andropow, ins Amt des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR wird höheren Interessen unserer Gesellschaft und unseres Staates, der erfolgreichen Erfüllung der historischen Beschlüsse des XXVI. Parteitag der KPdSU und der Sache des kommunistischen Aufbaus dienen.

Gestatten Sie mir, Genossen Deputierte, Ihnen folgenden Entwurf des Beschlusses des Obersten Sowjets der UdSSR zur Erörterung zu unterbreiten:

„Der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beschließt hiermit, Genossen Andropow, Juri Wladimirowitsch, zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zu wählen.“ (Stürmischer, anhaltender Beifall).

Die Deputierten nehmen den Beschluß über die Wahl des Genossen J. W. Andropow zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR einstimmig an. Diese Entscheidung nehmen die Deputierten und Gäste, die der Tagung beiwohnen, mit stürmischem, anhaltendem Beifall auf.

Das Wort ergriff der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Genosse Juri Wladimirowitsch Andropow. Die Anwesenden begrüßten ihn mit Beifall, stehend.

Ansprache des Genossen J. W. ANDROPOW

Sehr geehrten Genossen Deputierte! Gestatten Sie mir, Ihnen von ganzem Herzen innigsten Dank und Anerkennung für das hohe Vertrauen auszudrücken, das Sie mir mit der Wahl zum Vorsitzenden des

Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR erwiesen haben. (Anhaltender Beifall). Ihr Vertrauen werde ich als Vertrauen zu unserer Leninischen Kommunistischen Partei, deren Mitglied ich seit mehr als

40 Jahren bin und zu deren Idealen ich mich bekenne.

Gestatten Sie mir, Ihnen zu versichern, daß ich auf dem Posten des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets

der UdSSR all meine Kraft, all mein Wissen und all meine Erfahrungen dazu anwenden werde, ihr hohes Vertrauen in Ehren zu rechtfertigen. (Stürmischer, anhaltender Beifall).

Unter anhaltendem Beifall der Tagungsteilnehmer gratulierte der Präsidierende dem Genossen J. W. Andropow im Namen aller Deputierten herzlich zu seiner Wahl zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und wünschte ihm neue große Erfolge in seiner vielseitigen Partei- und Staatstätigkeit.

Danach gingen die Deputierten zur zweiten Frage der Tagesordnung über. Zu Mitgliedern des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR wurden die Deputierten N. N. Sijunkow und W. M. Nischin gewählt.

Die Tagung entloh den Deputierten I. G. Kebin seiner Pflichten als Stellvertreter der Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und den Deputierten B. N. Pastuchow — seiner Pflichten als Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.

Das Referat „Über die internationale Lage und die Außenpolitik der Sowjetunion“ hielt der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Außenminister der UdSSR, Deputierte A. A. Gromyko. Darauf wurden die Debatten eröffnet.



Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Genosse Juri Wladimirowitsch Andropow

Beschluß des Obersten Sowjets der UdSSR

Über die Wahl des Genossen J. W. Andropow zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR

Der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beschließt hiermit, Genossen ANDROPOW, Juri Wladimirowitsch, zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zu wählen.

Erster Stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR

W. KUSNEZOW

Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR

T. MENTESCHASCHWILI

Moskau, Kreml, 16. Juni 1983

Über die internationale Lage und die Außenpolitik der Sowjetunion

Referat des Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Außenministers der UdSSR Deputierten A. A. GROMYKO

Sich an J. W. Andropow wendend, sagte A. A. Gromyko:

Gestatten Sie mir, Ihnen zur einmütigen Wahl als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zu gratulieren und Ihnen Erfolg in Ihrer ehren- und verantwortungsvollen Tätigkeit zum Wohl der Kommunistischen Partei, des Sowjetvolkes und unserer großen Heimat zu wünschen. Die KPdSU und das höchste Organ der Staatsmacht der UdSSR haben Ihnen diesen Posten anvertraut in voller Überzeugung, daß Sie als Parteifunktionär und Staatsmann, der Hochachtung und große Autorität in unserem Land und außerhalb seiner Grenzen genießt, den neuen Pflichten gerecht werden, die Ihnen gemäß dem heute gefaßten Beschluß auferlegt worden sind.

Die Fragen der internationalen Lage und der Außenpolitik der Sowjetunion, sagte ferner der Referent, stehen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Kommunistischen Partei, des Obersten Sowjets der UdSSR, der Sowjetregierung. Die Sowjetmenschen interessieren und interessieren sich stets in hohem Maße dafür, wie die äußeren Bedingungen sind, unter denen sie leben und arbeiten.

Der Redner informierte darüber, wie das ZK der KPdSU und der Sowjetstaat die Haupttendenzen der gegenwärtigen internationalen La-

ge einschätzen und wie die aktuellen außenpolitischen Probleme sind, die wir in der jetzigen Etappe zu lösen haben.

Der Verlauf der internationalen Ereignisse, wenn das Wichtigste hervorgehoben werden soll, durch Konfrontation von zwei Linien — der einen auf Erhaltung und Festigung des Friedens und der anderen, der entgegengesetzten, auf Untergrabung seiner Grundlagen — bestimmt wird. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder, die überwältigende Mehrheit der Staaten, darunter solche, die einer anderen Gesellschaftsordnung angehören, treten eindeutig für den Frieden ein.

Wie oft begrüßte die Welt die markanten, friedensfördernden Aktionen und Vorschläge der Sowjetunion!

Eben durch die sowjetischen außenpolitischen Initiativen wurde eine ganze Reihe von gewichtigen internationalen Verträgen und Abkommen ins Leben gerufen. Geschlossen in den 60er und 70er Jahren, erfüllen sie auch heute noch ihre Aufgabe. Der Redner hob die besondere Bedeutung der sowjetisch-amerikanischen Vereinbarungen auf dem Gebiet der strategi-

schen Rüstungen hervor, die vor der Machtübernahme durch die derzeitige USA-Administration erzielt wurden.

Auf der Basis der sowjetischen Vorschläge werden in der UNO von Jahr zu Jahr Dokumente angenommen, die eine starke Ladung positiver Wirkung auf die allgemeine Lage in der Welt beinhalten. Wir befürworten eine Fortsetzung des gesamteuropäischen Prozesses. Gerade von diesem Standpunkt tritt denn die UdSSR auch auf dem Madrider Treffen auf, indem sie auf seinen Abschluß durch die Annahme einer Vereinbarung über die Einberufung einer Konferenz über Festigung der vertrauensbildenden Maßnahmen, über Sicherheit und Abrüstung in Europa hinwirkt.

Die Länder in Ost- und Westeuropa verbindet heute eine ganze Palette von Verträgen und Abkommen, die sich auf die verschiedensten Sphären der Beziehungen erstrecken.

Eine besondere Stellung und Priorität in der Politik der KPdSU und des Sowjetstaates hatte immer die Sache der brüderlichen Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Ländern des Sozialismus, und so wird es auch künftig sein. Die So-

wjetunion festigt kontinuierlich die engen allseitigen Beziehungen zu ihnen auf der Grundlage des Prinzips des sozialistischen Internationalismus und wirkt aktiv an der ökonomischen Integration und der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung mit. Die Länder der Gemeinschaft arbeiten fruchtbringend in allen Lebensbereichen zusammen. Ihr Brüderbund findet in der Organisation des Warschauer Vertrags, im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und im System bilateraler Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand seinen Ausdruck.

Neben den Ländern des Warschauer Vertrags sind es die Mongolei, Kuba, Vietnam, Laos und Kämpuche, zu denen wir Beziehungen der brüderlichen Zusammenarbeit entwickeln.

Weiter gefestigt werden unsere Beziehungen zu Jugoslawien. Wir sind solidarisch mit dem Kampf der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik für eine friedliche und demokratische Vereinigung der Heimat.

Die Sowjetunion setzt sich nach wie vor für eine Normalisierung der Beziehungen mit der Volksrepu-

blik China auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und dafür ein, nach Möglichkeiten für eine allmähliche Erweiterung der bilateralen Verbindungen und Kontakte zu suchen. Ich der Redner fort. Wir treten für die Fortsetzung der augenommenen sowjetisch-chinesischen politischen Konsultationen ein und wollen, daß sie positive Ergebnisse zeitigen. Wir sind überzeugt, daß eine Normalisierung und Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern den Grundinteressen ihrer Völker entsprechen.

Gegen die Länder des Sozialismus werden feindselige Akte politischer und ökonomischer Natur unternommen, ideologische Diversionsen verübt, Subversion und andere Methoden angewandt, die in der Praxis der zwischenstaatlichen Beziehungen unzulässig sind. Besonders anschaulich zeigt sich dies in der Politik des Westens gegenüber der Volksrepublik Polen.

Polen ist und bleibt, wie seine Führung unterstreicht — und das wurde auch im Namen seiner Verbündeten, der Länder des Warschauer Vertrags, wiederholt erklärt, — ein untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Gemeinschaft.

„Den heuligen Tag unserer Länder einschätzend, können wir mit Genugtuung feststellen“, sagte J. W. Andropow, „die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten ist ein mächtiger, gesunder Organismus, der in der Welt von heute eine gewaltige und wohlthuende Rolle spielt.“

Unserem entschlossenen Kurs auf Frieden, auf Gewährleistung der internationalen Sicherheit steht die Politik der aggressiven imperialistischen Kräfte gegenüber. Diese Politik hat die internationale Lage in der letzten Jahren ernsthaft verschärft, und die Spannungen spitzen sich zuweilen in gefährlichem Maße zu.

Das geschieht deshalb, weil am Steuer der Außenpolitik Washingtons gegenwärtig Vertreter von Kreisen mit deutlich ausgeprägten Weltmachtambitionen stehen, die den Kult der Gewalt in den internationalen Beziehungen predigen und Anspruch darauf erheben, die Welt nach eigener Fassung umzumodeln.

Entgegen dem hartnäckigen, in der ganzen Nachkriegsperiode andauernden Streben der imperialistischen Kreise nach militärischer Überlegenheit über die sozialisti-

schen Länder wurde zwischen der Organisation des Warschauer Vertrags und der NATO ein Gleichgewicht der Kräfte herbeigeführt. Die entstandene militärstrategische Parität ist es denn auch, die zuverlässig internationale Stabilität garantiert hat und garantieren muß.

Die Sowjetunion tritt dafür ein, ausgehend von der bestehenden Parität, auf dem Wege zur Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen voranzuschreiten, damit das Gleichgewicht zu jedem gegebenen Zeitpunkt gewahrt bleibt, allerdings auf einer niedrigeren Stufe.

Es sollte scheinen, daß alle, die die Hauptverantwortung für die Lösung akuter Probleme tragen, vor denen die Menschheit steht, die gleiche Position beziehen müßten. In Washington denkt man jedoch nicht in Kategorien der Gleichheit, sondern in Kategorien der Überlegenheit.

Zu diesem Zweck werden forcierter Programme zur Aufstockung aller Waffenarten, in erster Linie der Kernwaffen, verwirklicht. „Die Vereinigten Staaten rüsten nicht nur selbst auf, sondern peitschen auch ihre Verbündeten dazu an, indem sie von ihnen eine immer stärkere Vergrößerung ihrer Militärhaushalte verlangen. Um die strategische Parität zu untergraben, will man um jeden Preis neue Nuklearraketen nach Westeuropa bringen und sie

(Schluß S. 2)

Über die internationale Lage und die Außenpolitik der Sowjetunion

(Schluß Anfang S. 1)

dort stationieren. So ungeheuer dies auch klingen mag, in Washington wird die Möglichkeit des Erstbesatzes von Kernwaffen nicht ausgeschlossen.

Der Kernwaffenkrieg wird für zulässig und sogar für zweckmäßig erklärt. In die Köpfe der Menschen wird der Gedanke eingetrichtert, daß ein solcher Krieg gar nicht so schrecklich ist. Auf diese Weise wird eine hemmungslose Kriegspropaganda betrieben.

Ein derartiger politischer Kurs muß bei nüchtern denkenden Politikern in den Vereinigten Staaten selbst und in den anderen westlichen Ländern Besorgnis hervorrufen. Die Welle der antinuklearen, antimilitaristischen Bewegung, die sich im Westen erhoben hat, stellt eine Art Volksabstimmung dar.

Die Sowjetunion lehnt die Idee eines Kernwaffenkrieges selbst als unwahrscheinlich und die Rufe nach ihm als verbrecherisch ab. Wir gehen davon aus, daß alles getan werden muß, damit niemals Kernwaffen eingesetzt werden. Dies ist die Überzeugung der sowjetischen Führung, unserer gesamten Partei, des ganzen Sowjetvolkes.

Die UdSSR hat einseitig die Verpflichtung übernommen, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, und damit erneut bekräftigt, daß die Sorge um die Abwendung der Kriegsgefahr ihre Politik beherrscht.

Die Sowjetunion ist bestrebt, einen ähnlichen Schritt von den anderen Kernmächten zu erwarten, die eine solche Verpflichtung nicht übernommen haben.

Die NATO-Länder bringen das Argument vor, die UdSSR schaffe sich freie Hand für den Einsatz konventioneller Waffen, bei denen sie angeblich überlegen ist.

Die Sowjetunion und ihre Freunde weisen solche Behauptungen auf die überzeugendste Weise zurück. In der in Prag angenommenen Politischen Deklaration der Staaten des Warschauer Vertrages haben sie vorgeschlagen, zwischen den Teilnehmerstaaten dieses Vertrages zu schließen, der die beiderseitige Verpflichtung enthalten sollte, keinerlei Waffen, weder nukleare noch konventionelle, einzusetzen.

Wir sind bereit, unverzüglich mit Verhandlungen zu beginnen, und fordern die NATO-Staaten ein weiteres Mal auf, unsere Initiative ernst zu nehmen.

Ihre im Kommuniqué der Junitagung des NATO-Rates dokumentierte Reaktion zeigt, daß sie anscheinend noch immer nicht in der Lage sind oder nicht gewillt sind, einzusehen, wie rasch sich die Situation in Europa und in der ganzen Welt in Richtung auf die Gesundung verändern würde, wenn es uns gelänge, uns über die Nichtanwendung von Gewalt zwischen beiden Ländergruppen zu einigen.

Die sowjetischen Initiativen und

Vorschläge sind ein umfassendes Programm von Maßnahmen — von einzelnen Schritten im Bereich der Rüstungsbegrenzung bis zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung, einschließlich des vollständigen Verbots und der Vernichtung von Kernwaffen.

Die UdSSR erklärte mehr als einmal und erklärt erneut, daß in der gegenwärtigen Situation unmöglich jemand damit rechnen kann, eine militärische Überlegenheit zu erlangen. Sie strebt und strebt dies nicht an. Auch keinem anderen billigen wir das Recht auf militärische Überlegenheit zu.

Für verantwortungsbewußte Funktionäre, um so mehr für solche, die am Steuer der Staatspolitik stehen, muß es klar sein, daß es keinen anderen vernünftigen Weg gibt, als den gegenseitig akzeptablen Lösungen zu suchen und zu finden. Nur solch ein Weg ist zuverlässig.

Die Hauptbedingung ist, ehrliche Verhandlungen zu führen. Lügen nicht für Wahrheit auszugeben, Versuchen und umkehren. Die Verhandlungen müssen auf dem Prinzip der Gleichheit und gleicher Sicherheit basieren. Und von diesem Grundsatz wird die Sowjetunion nicht abweichen. Es wäre gut, wenn man dies in Washington einsehen würde.

Es wird immer offensichtlich, daß die gegenwärtige amerikanische Administration nicht auf Übereinkünfte Kurs hält, sondern auf die Realisierung ihrer Programme zum Ausbau strategischer Rüstungen und auf die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa.

Dieser Kurs trifft auch in der Ende Mai in Williamsburg angenommenen Erklärung und im Kommuniqué der eben beendeten Tagung des NATO-Rates deutlich hervor.

Die Interessen der Sicherheit der UdSSR und ihrer Verbündeten zwingen uns dazu, wie die Sowjetregierung in ihrer Erklärung vom 28. Mai warnte, Gegenmaßnahmen zur Festigung unserer Verteidigungsfähigkeit zu ergreifen. Doch das sind erzwungene Maßnahmen. Ihr einziges Ziel ist, eine Störung der entstandenen Kräftebalance nicht zuzulassen.

Nicht ist es nicht zu spät, der gefährlichen Entwicklung der internationalen Lage Einhalt zu gebieten, wenn die USA und ihre NATO-Verbündeten auf die konstruktiven Vorschläge der UdSSR eingehen.

Fürs Erste wäre es sinnvoll, sich zumindest darauf zu einigen, die weitere Anhäufung von Kernwaffen zu stoppen, und zwar durch ein quantitatives und qualitatives Einfrieren der nuklearen Arsenale der Seiten. Ein solcher im Grunde leicht vollziehbarer und zugleich effektiver Schritt würde auch für Verhandlungen günstigere Bedingungen schaffen.

Die Sowjetunion ist der Auffassung, daß die dreiseitigen Verhandlungen mit den USA und

Großbritannien über die Ausarbeitung eines entsprechenden Vertrags wieder aufgenommen werden sollten.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, an die sowjetisch-amerikanischen Verträge über die Begrenzung der unterirdischen Kernwaffentests und über die Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken zu erinnern, die bis heute noch nicht in Kraft gesetzt worden sind. Wir bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Washingtoner Administration ihre Haltung korrigiert, und sie in Kraft treten.

Die Sowjetunion ist der Auffassung, daß Maßnahmen getroffen werden müssen, um eine Entwicklung des Wettrenns in neuen Richtungen zu vermeiden. Wir haben der Regierung der USA vorgeschlagen: Sowjetische und amerikanische Wissenschaftler und Experten auf diesem Gebiet sollen sich treffen und mögliche Folgen des Ausbaus eines großangelegten Raketenabwehrsystems erörtern. Eine Antwort der USA-Administration haben wir bis jetzt noch nicht erhalten.

Es ist die erstrangige Aufgabe, einen internationalen Vertrag über die Nichtstationierung jeglicher Waffen im Weltraum zu schließen, wie dies von der Sowjetunion vorgeschlagen worden ist. Wir sind bereit, sogar weiter zu gehen und zu vereinbaren, daß überhaupt die Gewaltanwendung sowohl im Weltraum als auch vom Weltraum aus gegenüber der Erde verboten wird.

Die UdSSR, die sich konsequent dafür einsetzt, die chemischen Waffen aus den Arsenalen von Staaten zu entfernen, hat dazu konkrete Vorschläge unterbreitet. Es wäre nützlich, im Rahmen des europäischen Kontinents parallele Schritte zu unternehmen, die zum selben Ziel führen. Die Länder des Warschauer Vertrages schlagen vor, Europa restlos von chemischen Waffen zu befreien.

Die Realitäten der entstandenen internationalen Lage verlangen besondere Zurückhaltung nicht nur im Bereich der Rüstungen und der Militärpolitik, sondern auch in allen Sphären der zwischenstaatlichen Beziehungen, in erster Linie dann, wenn Interessen von Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung berührt werden.

Es nützt weder der einen noch der anderen Gruppe von Staaten — wie übrigens auch der ganzen Welt —, wenn in den Beziehungen zwischen ihnen Antagonismus geschürt, zu allerlei Provokationen und unehrlichen Methoden gegriffen, Mißtrauen und Verdächtigkeit gesät wird, wenn man es nicht für notwendig hält, in internationalen Angelegenheiten sogar ein Minimum an allgemeingültiger Korrektheit zu wahren.

Der Redner erinnerte daran, daß es auch vorher Funktionäre gegeben habe, die sich zur Vortrage eines nahen Unterganges des Sozialismus versiegeln. Diese falschen

Propheten sind es durchaus wert, von unseren berühmten Kurykynsky dargestellt zu werden. Der Sozialismus gewinnt Kraft — jetzt und immerdar.

Die Sorge um den Frieden muß heute über alles gehen. Das ist die Pflicht aller, die mit wichtigen politischen Entscheidungen zu tun haben. Die Welt erwartet von der USA-Führung, daß sie mehr Verantwortung und Besonnenheit bekennt.

Wir wollen einen Ausgleich der Beziehungen mit den USA, eingedenk dessen, welche große Bedeutung das für die Abwendung eines Krieges ist. Unserer Auffassung nach müssen auch die USA von der objektiven Notwendigkeit ausgehen, normale Beziehungen mit der UdSSR zu unterhalten. Den gemeinsamen Interessen beider Länder würde die Abwendung der Gefahr einer nuklearen Katastrophe entsprechen. Daran sind alle Völker, die Staaten, aller Kontinente zutiefst interessiert.

Wir schätzen die Beziehungen, die sich zwischen der Sowjetunion und dem von uns nicht gerade sehr entfernten Land wie Kanada herausgebildet haben. Wir bringen unsere Hoffnung auf Gegenseitigkeit zum Ausdruck, darauf, daß diese Beziehungen auch weiterhin unterstützt und ausgebaut werden.

In Westeuropa hat sich weitgehend die verschärfte und durchaus verständliche Auffassung der Gefahr verbreitet, die die entstandene internationale Lage in sich birgt. Die Sowjetunion bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, daß die westeuropäischen Länder es nicht gestatten werden, sich in die Plätze zu verwickeln, die eine ernsthaftige Gefahr für den Frieden bedeuten.

Ende vorigen Jahres trat in der BRD eine neue Regierung an die Macht, und sie bringt, wie man sagt, ihre Nuancen in die Politik dieses Landes hinein. Wir treten dafür ein, die Beziehungen zur BRD nach dem gleichen Modus weiter zu pflegen, wie sie sich all die letzten Jahre gestaltet, und unter anderem auch die wirtschaftlichen Verbindungen auszubauen.

Der Hauptbereich bilden jedoch natürlich Fragen der Sicherheit. Dies wird die Sowjetunion in Kontakt mit der heutigen BRD-Regierung, so auch bei den demnächst bevorstehenden Verhandlungen anläßlich eines offiziellen Besuchs von Kanzler H. Kohl in der UdSSR, in den Vordergrund stellen.

Unser Land tritt für gute Beziehungen und gegenseitige Zusammenarbeit mit Frankreich ein, mit dem auf der Grundlage der Gegenseitigkeit viel Gutes im Interesse des Friedens und der Zusammenarbeit der Staaten in Europa getan werden ist, sowie mit Italien, Großbritannien, Spanien, mit allen westeuropäischen Ländern.

Mit Genugtuung setzen wir uns für die Unterstützung und Vertiefung der Beziehungen zu unserem guten Nachbar — zu Finnland —

ein. Die Ergebnisse des jüngsten Besuchs des Präsidenten Finlands M. Koivisto, seine Treffen mit J. W. Andropow und die während dieses Besuchs zustandekommene Verlängerung des sowjetisch-finnischen Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe für die nächsten 20 Jahre stellen die Beziehungen beider Länder auf eine noch festere Grundlage.

Nach wie vor halten wir es für wichtig, normale Beziehungen zu unserem Nachbarland Japan zu unterhalten. Den Interessen der Völker beider Länder, den Interessen des Friedens und der Sicherheit im Fernen Osten und in Asien würde im Ganzen die gutnachbarliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Japan entsprechen.

Jedoch hat ihre Führung in letzter Zeit Kurs auf die Verstärkung des Militärpotentials genommen, die militärischen Tendenzen im Lande aktiviert und sich der von Washington aufgezogenen Globalstrategie der Konfrontation angeschlossen. Sollte sich Tokio für Frieden und gute Nachbarschaft entscheiden, dann wird die UdSSR ein zuverlässiger Partner Japans bei der Entwicklung weitgehender gegenseitiger Verbindungen im politischen, wirtschaftlichen und in anderen Bereichen sein.

So verschiedenes sich die Beziehungen der Sowjetunion zu kapitalistischen Staaten auch gestalten mögen, werden wir stets konsequent einen Kurs darauf steuern, daß unter den Beziehungen zwischen den Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung das Prinzip der friedlichen Koexistenz vorherrsche, welches die wichtigste Grundlage des außenpolitischen Kurses der UdSSR bleibt.

In die Arena der Weltpolitik treten immer entschiedener Völker, die für die Behauptung ihrer nationalen Unabhängigkeit und für sozialen Fortschritt kämpfen.

Bei den Arabern rufen die Versuche wachsenden Widerstand hervor, ihnen antiarabische Abkommen aufzuzwingen und solche Pläne für eine Nahostregelung auszuarbeiten, die die legitimen Interessen des palästinensischen Volkes ignorieren. Diese Politik hat dazu geführt, daß Libanon vor aller Augen in Stücke zerrissen wird, daß dieses Land mit vorgehaltener Waffe gezwungen wurde, mit Israel ein Kapitalistenabkommen zu schließen.

Syrien, das seine Verteidigung verstärkt und in den Nahost-Angelegenheiten eine prinzipielle Politik verfolgt, wird gegenwärtig zum Objekt von Druck und direkter Drohungen gemacht.

Unser Land hat gerechte Prinzipien einer politischen Regelung vorgeschlagen, darunter das Angebot, eine internationale Nahost-Konferenz einzuberufen. Diese Vorschläge sind der ganzen Welt bekannt.

Washington und Tel Aviv stellen einer Nahost-Regelung Hindernisse

in den Weg. Vieles hängt von den arabischen Ländern selbst, von ihrer Geschlossenheit im Kampf gegen die Kräfte der Aggression ab.

Ohne jeden Sinn ist der Konflikt zwischen Iran und Irak. Seine Fortsetzung dient lediglich den imperialistischen Kräften, die an der Schwächung beider Staaten interessiert sind.

Mit Irak verbinden uns freundschaftliche Beziehungen. Wir sind für normale, freundschaftliche Beziehungen auch mit Iran. Die Sowjetunion würde im Jahr auch künftig gern einen unabhängigen Staat sehen und strebt nach wie vor gutnachbarliche Beziehungen zu ihm an. Leider dienen solche Aktionen, wie sie die iranische Seite jüngst gegenüber einer Gruppe von Mitarbeitern sowjetischer Einrichtungen in Iran unternommen hat, ganz und gar nicht der Entwicklung solcher Beziehungen zwischen unseren Ländern. Mit einem Wort, die UdSSR wird in ihrem Handeln berücksichtigen, ob Iran mit Gegenseitigkeit zu antworten und normale Beziehungen mit uns zu unterhalten wünscht, oder ob es irgendwelche andere Absichten hegt.

Die Sowjetunion unterstützt ungeschwächt das von der Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan unterbreitete Programm für eine politische Regelung. Auf seiner Grundlage kann eine Lösung der äußere Seite des Afghanistan-Problems betreffend Fragen vereinbart werden. Lediglich den äußeren Aspekt, da die inneren Angelegenheiten allein von den Afghanen selbst gelöst werden müssen.

Unser Land ist heute und in Zukunft ein guter Freund Afghanistans, eines unabhängigen, nicht-paktgebundenen Staates.

Der Abbau der Spannungen in Südostasien wird von der Einmischung äußerer Kräfte in die Angelegenheiten dieser Region behindert. Die UdSSR solidarisiert sich voll und ganz mit den Vorschlägen der Staaten Indochinas, die auf die Normalisierung der Lage in Südostasien, auf seine Umwandlung in eine Zone des Friedens, der guten Nachbarschaft und der Zusammenarbeit gerichtet sind.

Die USA entfesseln in immer größerem Umfang eine Kampagne der Drohungen und des groben Drucks gegen die souveränen Staaten und nationalen Befreiungsbewegungen in Mittelamerika und im Karibikraum.

Die Sowjetunion ist der Auffassung, daß die Länder Mittelamerikas und der Karibik in Ruhe gelassen und die äußere Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten eingestellt werden müssen.

Angespannt bleibt die Lage immer noch im Süden Afrikas. Die Interessen des Friedens erfordern es, daß die Republik Südafrika ihre Aggression gegen die Nachbarstaaten einstellt und ihre Truppen

von Territorien der Volksrepublik Angola abzieht, daß die Beschlüsse der UNO über die Gewährung der Unabhängigkeit für das Volk von Namibia erfüllt werden und daß mit solchen schändlichen Erscheinungen wie Rassismus und Apartheid-System aufgeräumt wird.

Wir betrachten es auch heute als unsere internationale Pflicht, die Befreiungsbewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und den Kampf für die Festigung der Unabhängigkeit und der Souveränität der Länder dieser Regionen der Welt zu unterstützen.

Die Sowjetunion begrüßt es, daß die in der Bewegung der Nicht-paktgebundenheit zusammengeschlossenen Staaten eine wachsende Rolle in den internationalen Angelegenheiten spielen. Diese Bewegung tritt immer aktiver gegen Imperialismus und Krieg auf, wovon die Ergebnisse des jüngsten Forums dieser Länder in Delhi sprechen.

Wir sind solidarisch mit dem Kampf der Entwicklungsländer für die gerechte internationale Wirtschaftsordnung.

Freundschaftsbeziehungen verbinden uns mit solichem großen Land wie Indien. Die Zusammenarbeit mit Indien ist von Nutzen für die Stabilität in Asien und für den Weltfrieden. Beide Seiten wissen das zu schätzen.

Wir haben mit vielen nicht-paktgebundenen Staaten Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit geschlossen. Das ist ein Zeichen für den hohen Stand der Entwicklung unserer Beziehungen mit ihnen. Unter den nicht-paktgebundenen Ländern, mit denen die UdSSR gute Beziehungen hat, sind Syrien, Algerien, Südijemen, Libyen, Angola, Äthiopien, Mocambique und die Volksrepublik Kongo genannt.

Die internationalen Verbindungen der Sowjetunion mit den Staaten breiten politischen Spektrums bedeuten die Anerkennung der hohen Autorität unseres Landes. Sie zeugen von der Erkenntnis dessen, daß keine einzige ernste Frage der Weltpolitik ohne seine Teilnahme gelöst werden kann und praktisch auch nicht gelöst wird.

Das Zentralkomitee der KPdSU und die Sowjetregierung bewerten die internationale Lage unseres Staates als dauerhaft. Nahezu vier Jahrzehnte lang leben wir bereits im Frieden. Das ist eine große Errungenschaft der internationalen Tätigkeit unserer Partei und unseres Landes, ihrer Leninschen Außenpolitik.

Die KPdSU und die Sowjetregierung, unterstrichen A. A. Gromyko abschließend, werden auch künftig alles in ihren Kräften Stehende tun, um den Frieden auf dem Erdball zu erhalten. Und alle, die für diese große und edle Sache ringen, werden die Sowjetunion, das sowjetische Volk stets an ihrer Seite wissen. (Anhaltender Beifall) (TASS)

Schule der Arbeit, Schule der Erziehung

Im System der ökonomischen Schulung — einer Massenform der Ausbildung der Werktätigen — ist wieder ein Lehrjahr zu Ende gegangen. Kennzeichnend für dieses Jahr war, daß die ökonomische Schulung gemäß dem Beschluß des ZK der KPdSU, des Ministerrats der UdSSR, des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften und des ZK des Komsomol „Über die weitere Verbesserung der ökonomischen Schulung und Erziehung der Werktätigen“ umgestaltet und vervollkommnet wurde.

Nach der neuen Struktur bilden die Grundlagen der allgemeinen ökonomischen Schulpflicht 423 Schulen der kommunistischen Arbeit, an denen über 105.000 Hörer lernen. Durchgenommen wurden die Vorlesungszyklen „Lebensmittelprogramm der UdSSR“, „Sparbarkeit — ein kommunistischer Wesenszug“, „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Ökonomik“. Die praktische Ausrichtung des Studiums hat sich verstärkt, immer weitgehend werden in den Unterrichtsstunden aktive Ausbildungsformen angewandt. Fast alle Propagandisten des Gebiets unterstützten die Initiative der Kollegen „Keiner neben dem Propagandisten darf zurückbleiben“.

W. Rudolf, Propagandist in der Schule für kommunistischen Arbeit im Baimagambetow-Sowchos, Rayon Semosjornoje, bereitete sich für den Unterricht stets gründlich vor. Er benutzte viele Nachschlagewerke, wählte interessante Zahlen und Fakten für ökonomische Analysen, verknüpfte die Theorie gekonnt mit den praktischen Taten seiner Hörer und verstand es auch meisterhaft, die Methode praktischer Aufgaben anzuwenden. Bei ihrer Erfüllung lernten die Arbeiter der Reparaturwerkstatt den Aufwand berechnen, Reserven ermitteln, und wurden vom Bestreben beseelt, besser zu arbeiten.

Der Propagandist Sawtschenko, Abteilungsleiter im Sowchos „Raswet“, Rayon Taranowskoje, nutzte seine Unterrichtsstunden zielführend zur Erläuterung und Einföhrung des kollektiven Vertrags im Ackerbau. Im vorigen Jahr erziel-

te die Sowchosabteilung Nr. 1 den höchsten Ernteertrag an Getreide im Rayon. Heute verknüpfen die Hörer die weitere Steigerung des Hektarertrags mit der neuen Form der Arbeitsorganisation. Deshalb wurde hier eine Mechanisatorengruppe gebildet, die im auftraglosen Verfahren arbeitet und die Frühjahrsbestellung organisiert durchgeführt hat.

Im Holzverarbeitungs-kombinat des Trusts „Schelesobstroi-feld“ wird die Schule der kommunistischen Arbeit vom Meister des Produktionsabschnitts N. Fomenko geleitet. Der Plan und das Konzept der Unterrichtsstunde, die der Propagandist ausstellt, die richtig gewählte Darlegungsmethodik, die verschiedenen Griffe zur Förderung des Interesses — alles trägt zur Aktivierung der Produktions- und gesellschaftlichen Aktivität der Hörer bei. Die Produktionsabteilung, in der sie arbeiten, ist als erste zum Brigadevertrag übergegangen, alle Mitglieder der Schule sind Aktivisten der kommunistischen Arbeit.

Der Unterricht in den Schulen der kommunistischen Arbeit aktiviert den sozialistischen Wettbewerb. Viele Propagandisten unterstützen die Initiative der Moskauer „Propagandisten erziehen zur sozialistischen Disziplin“.

In der Bergverwaltung für Bauziergewinnung „Krasnooktjabrskoje“ verliert der Unterricht, orientiert auf die Arbeitsergebnisse des Novemberplans (1982) des ZK der KPdSU nach den Themen: „Die ganze Arbeitszeit gehört dem Tagewerk“, „Unverwundbarkeit gegenüber Schländern und Leichtsinn“, „Ehre und Ruhm gemäß der Leistung“. Zu den Hörern sprachen Juristen, Leiter und Schrittmacher der Produktion. Gemeinsam mit dem Klub „Stroi-feld“ veranstaltete der Rat für ökonomische Schulung in den Schulen der kommunistischen Arbeit Auftritte der Agitbrigaden, Diskussionsrunden, Ehrungen der Aktivisten.

In der Schule der kommunistischen Arbeit der Kraftfahrabteilung lud man die Schüler der Patentklasse zu einem Treffen mit

den Hörern — Mitgliedern der Komsomol- und Jugendbrigade von BelAS-Fahrern und mit dem Produktionsschrittmacher, Autoschlosser K. Sawkin — ein, dessen Arbeitsbiographie im Kollektiv des Moskauer Rangierbahnhofs begonnen hatte. Vor Beginn der Unterrichtsstunde machten die Schüler eine Exkursion durch die Produktionsabteilung.

Im Kolchos „Put k Kommunismu“ beauftragte der Propagandist S. Hermann seine Hörer, die Ursache der unrythmischen Arbeit des Kollektivs der Reparaturwerkstatt nachzugehen. Sie lag natürlich in der niedrigen Arbeitsdisziplin, in den Verspätungen und Arbeitsverweisungen einzelner Arbeiter. Auf Vorschlag der Hörer wurde die Anwesenheitskontrolle mittels nummerierter Marken eingeführt und die Kontrolle der Nutzung der Arbeitszeit verstärkt.

Die Schulen der kommunistischen Arbeit beteiligen sich aktiv an der Gebietsbewegung für größtmögliche Sparen von Ressourcen im Kraftverkehrsbetrieb. In Dshetjgara stehen auf den persönlichen Konten etwa 36 Tonnen gespartes Benzin und 11,5 Tonnen Dieselloil. Hoch ist der Effekt der ökonomischen Schulung im Baimagambetow-Sowchos. Die Hörer haben es gelernt, mit Maschinen und Ausrüstungen behutsam umzugehen, sie rationell und hocheffektiv auszulasten. So betrug die Tagesleistung je Einheitstraktor im vorigen Jahr 10,1 Hektar, was um 0,2 und 0,7 Hektar höher ist als durchschnittlich im Rayon und im Gebiet.

Die Schulen der kommunistischen Arbeit bilden heute die Grundform der ökonomischen Schulung der Kader und sind auch ein wirksames Mittel für die Anziehung einer kommunistischen Einstellung zur Arbeit. Denn nahezu die Hälfte der Hörer der Schulen des Gebiets sind Aktivisten der kommunistischen Arbeit, und im laufenden Jahr begehrt unser Land den 25. Jahrestag dieser massenhaften Bewegung. Anlässlich dieses Ereignisses übernahmen die Hörer der Schulen der kommunistischen Arbeit des Gebiets Kustanai erhöhte soziale Verpflichtungen und setzen sich tatkräftig für deren erfolgreiche Einlösung ein.

Kanat SISEMBAJEW, Berater im Haus für politische Aufklärung des Gebietspartei-komitees Kustanai

Hilfe der Wissenschaftler

In Utscharal hat das Alma-Ataer Institut für Volkswirtschaft einen Stützpunkt gegründet. Seine Aufgabe ist es, den Agrarbetriebern der Agrar-industrie-Vereinigung des Rayons Alakul praktische

Hilfe bei der Einführung der Kollektivvertragsmethode zu erweisen. Unter Mitwirkung der Wissenschaftler des Alma-Ataer Instituts sind alle Rübengruppen dieser umfangreichen Bewässerungszone

zur neuen Form der Arbeitsorganisation und Entlohnung nach dem Endergebnis übergegangen. Ihre Kollektive haben einen sozialistischen Wettbewerb um die Erfüllung der Aufgaben des Fünfjahresplans in der Zuckerrübenproduktion in vier Jahren entworfen. (KasTAG)



Persönlich mitbeteiligt sein

Ludmila bis jetzt regelmäßig Vermerke. Allerdings kommt ihnen jetzt eine andere Rolle zu. Während sie früher Anlaß zu einer ersten Aussprache mit passiven Kommunisten waren, so geben sie heute Anlaß zu Überlegungen über die Erfolge und Mängel der Parteiarbeit. Denn es ist kein Geheimnis, daß die Aktivität auf der Versammlung direkt davon abhängt, inwieweit die Kommunisten vom Nutzen der jeweiligen Erörterung überzeugt sind. Dabei ist es besonders wichtig, daß keine auf der Parteiversammlung geäußerte Bemerkung außer acht gelassen wird. Es kam hier schon vor, daß manche Kommunisten sagten: „Was für einen Sinn hat es denn, wenn ich über Mängel spreche? Was wird sich schon nach meiner Aussprache verändern?“

Heute werden ähnliche Meinungen nicht mehr geäußert. Extra für die Erfassung kritischer Bemerkungen legte der Sekretär noch ein Heft an. Dorthin werden alle von den Kommunisten auf Versammlung geäußerten Bemerkungen eingetragen. Viele Bemerkungen finden ihren Niederschlag in Beschlüssen. Das hatte zur Folge, daß die Beschlüsse keine Punkte mehr enthielten, die zu nichts verpflichteten. Die Teilnehmer der Parteiversammlungen bestimmen selber die Personen, die für die Erfüllung jedes Punktes der Beschlüsse verantwortlich sind. Vor Beginn der Parteiversammlung wird regelmäßig über die Realisierung des Beschlusses der vorigen Versammlung informiert. Ist ein Punkt unerfüllt geblieben, werden die Kommuni-

sten über die Ursachen in Kenntnis gesetzt. Im März dieses Jahres beschlossen die Kommunisten der Brigade Nr. 1, den Vorstand um die Aufföhrung der Brigade mit Mechanisatoren zu bitten, damit alle Aggregate der Brigade zu Beginn des Frühjahrsplügens zweischichtig eingesetzt werden. Die Verantwortung für die Erfüllung des Punktes erlegten die Kommunisten dem Sekretär der Abteilungsparteiorganisation auf. Auf der nächsten Parteiversammlung im April wurden die Kommunisten benachrichtigt, daß ihr Auftrag erfüllt sei. Es hatte Unterstützung beim Kolchosvorsitzenden Leonid Saizew und bei anderen Vorstandsmitgliedern gefunden.

Solch eine Kontrolle förderte die Wirksamkeit der Beschlüsse und die Aktivität der Kommunisten auf Parteiversammlungen. Die Redner werden hier schon lange nicht mehr extra ausgesucht, auf Parteiversammlungen sprechen jetzt alle Kommunisten. Auf der letzten Versammlung machten der Mechanisator Alexander Potjomkin, der Brigadiergehilfe Johann Hahn, die Melkerin Galina Mjansnikowa und andere Kommunisten sachliche Vorschläge, die bei der Vorbereitung des Beschlusses berücksichtigt wurden. Die Beschlüsse sind auch deshalb wirksam, weil der Sekretär des Parteikomitees des Kolchos Eugenie Pler allen Versammlungen der Abteilungsparteiorganisation beiwohnt. Sie kann den Kommunisten raten, welche Fragen zu behandeln seien, worauf man achten müsse und wie

Umsichtig und wirtschaftlich

Der Sowchos „Scharbulakski“ im Gebiet Semipalatinsk ist Sieger im Republikwettbewerb um die beste Gestaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Tätigkeit. Auf intensiver Grundlage entwickeln sich hier die Schaf- und Pferdezucht, die Rindermast. Dazu trägt die exakt organisierte Analyse der Wirtschaftstätigkeit bei.

Jeden Monat werden Sitzungen der Direktion und des Büros für Betriebsanalyse abgehalten. Man zieht hier das Fazit der Arbeit an allen Produktionsabschnitten, analysiert die finanzwirtschaftliche Tätigkeit und verallgemeinert die Erfahrungen der Besten. Man ermittelt auch die Ursachen des

Rückstandes und erweist praktische Hilfe.

Viel Beachtung wird der Buchführung über finanzielle, materielle und Arbeitskräftressourcen geschenkt. In allen Abschnitten werden die Errungenschaften der Agrarwissenschaft und die fortschrittlichen Erfahrungen aktiv in der Produktion ausgewertet. In der Schafzucht wird die Winter- und Frühjahrsplamung praktiziert. Eine Schnellmaschbühne ist das Jahr hindurch in Betrieb. In der Pferdezucht wird eine zielstrebige Zuchtarbeit durchgeführt, was den Verkauf von Pferdefleisch an den Staat bedeutend erhöht.

Ergebnisreich arbeiten die Tierzüchter des Sowchos „Jerkenschulski“, Gebiet Zelinograd. Im Wettbewerb um die vorrätigste Erfüllung der Jahresaufträge erzielen sie immer höhere Leistungen.

Die Maschinemilcher des Milchkomplexes Rosa Schilling, Alexander Loresch, Olga Fergel, Ida Pauli und Theresie Ott (im Bild v. l. n. r.) haben sich verpflichtet, 3.000 Kilogramm Milch je Kuh zu erhalten, und werden ihrer Aufgabe gerecht.

Foto: Jürgen Osterle

der Beschluß zur erörterten Frage abzufassen sei. Neulich mußte Ludmila Petrovna auf einer Sitzung des Parteikomitees Rechenschaft über die Arbeit der Abteilungsparteiorganisation ablegen. Der Inhalt ihres Berichts war für die Mitglieder des Parteikomitees etwas unerwartet. Obwohl die Parteiorganisation der Brigade Nr. 1 die beste im Kolchos ist, sagte Chudina fast nichts von den Erfolgen. Ihren Worten war aber zu entnehmen, daß die Arbeit der Parteiorganisation verschiedene Mängel aufweist.

Die Mitglieder des Parteikomitees waren bei weitem nicht mit allen ihren Beweisführungen einverstanden. Wenn sie auch ihre Meinung teilten, daß dem Anwesen der Reihener der Parteiorganisation mehr Beachtung zu schenken ist, betonten sie zugleich, daß die Arbeitsdisziplin in der Parteiorganisation wie auch in der ganzen Komplexbrigade immer mehr erstarke und daß sie alle Landwirtschaftskampagnen erfolgreich durchführt. Jeder Kommunist erfüllt hier einen gesellschaftlichen Auftrag. Selbstverständlich gibt es dabei auch Mißerfolge, die Menschen geben sich aber Mühe, die Aufträge ehrlich zu erfüllen, und das ist das Wichtigste. Die Meinungen der Mitglieder des Parteikomitees flößten Ludmila neuen Mut ein.

Dieser Tage bewegte ein neues Ereignis die Kommunisten der Brigade Nr. 1: Sie erühen, daß das Pawlodarer Gebietspartei-komitee beschlossene hatte, die Erfahrungen der Abteilungsparteiorganisation zu verallgemeinern und im Gebiet zu verbreiten. Peter SALZMANN

Gebiet Pawlodar

Aus aller Welt **Panorama**

In den Bruderländern

Kader für die Volkswirtschaft

HANOI. Die Kommunistische Partei und die Regierung Vietnams schenken ungeschwächte Aufmerksamkeit der Erweiterung des Netzes von Fachmittel- und Berufsschulen sowie ihrer Versorgung mit qualifizierten Lehrkräften und ihrer Ausstattung mit den not-

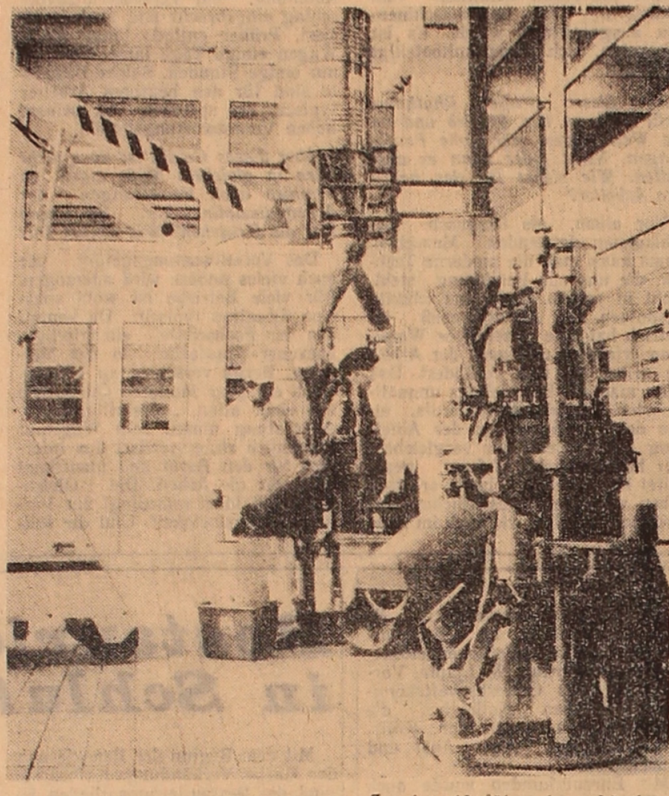
wendigen Ausrüstungen, die den gegenwärtigen Forderungen entsprechen.

In den letzten Jahren wurden im Norden des Landes 24 Berufsschulen gegründet, in denen 18 000 künftige Spezialisten vorbereitet

werden. Alljährlich werden Tausende hier ausgebildete Agronomen und Irrigatorien, Viehzüchter und Ökonomen, Zootechniker und Förster in verschiedene Gebiete des Landes eingewiesen, um hier zuerst mit ihren Kenntnissen und dann mit den erworbenen Erfahrungen die Wirtschaft des sozialistischen Vietnams zu festigen.

Beschleunigter Ausbildungskurs

PRAG. Das auf der Basis des Instituts für Robotertechnik in der Stadt Brno gegründete Versuchslabor ist zu einem Großzentrum für Ausbildung der Kader für Roboterbau, der jüngsten Industriebranche der tschechoslowakischen Volkswirtschaft geworden. Man hat bereits die ersten hundert Studenten aus den führenden technischen Hochschulen des Landes für einen beschleunigten Ausbildungskurs ausgewählt. Bei der Vorbereitung künftiger Spezialisten wird das Hauptaugenmerk der Lösung der Aufgaben der Automatisierung von Produktionsprozessen unter weitgehendem Einsatz von Manipulatoren in Großbetrieben des inländischen Hüttenwesens, Maschinenbaus und der Großchemie geschenkt.

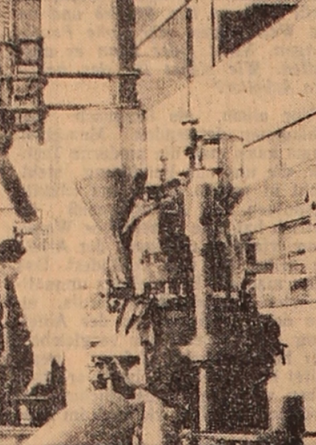


Rosenfeste im Kasanlak-Tal

SOFIA. Ein buntes Treiben herrscht dieser Tage im berühmten Kasanlak-Tal in Bulgarien. Traditionsgemäß werden hier im Juni Rosenfeste veranstaltet; denn die Hauptbeschäftigung der Einwohner dieses Gebiets ist der Anbau von Rosen, aus denen das wertvollste Rosenöl gewonnen wird. Tausende Touristen und Spezialisten aus zahlreichen Ländern kamen hierher, um sich die von alters her gepflegte schöne Zeremonie der Rosenblütenlese zu bewundern, die sich zu einem eigenartigen Folklorefest gestaltet, um das Rosenmuseum zu besuchen, wo Hunderte verschiede-

ner Arten dieser Blume zusammengetragen sind.

Die Kasanlak-Rose blüht im Jahr nur 25 Tage lang. Ihre Blüten werden frühmorgens gesammelt, ehe der Tau getrocknet ist, denn unter den Strahlen der Sonne, wenn das einmalige Aroma sich verstärkt, verflüchtigt sich auch die Hälfte des in den Rosenblüten enthaltenen Öls. Jeder Tropfen davon kostet eine Riesenarbeit. Um ein Kilogramm dieses „duftenden Goldes“ zu erhalten, muß man mehrere Tonnen Rosenblüten sammeln und verarbeiten.



Nukleare Rüstungen begrenzen

Ein spezielles Pugwashtreffen hat sich in Genf zwei Tage lang mit Problemen der nuklearen Rüstungen in Europa auseinandergesetzt. Namhafte Wissenschaftler, Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie Militärspezialisten aus vielen Ländern der Welt nahmen daran teil.

Die Teilnehmer dieses Treffens befaßten sich ausführlich mit den sowjetischen Vorschlägen zum Problem der nuklearen Rüstungen in Europa. Mit großer Aufmerksamkeit wurde die Erklärung der Sowjetregierung vom 28. Mai diskutiert. Des Weiteren wurde der Annahme einer Deklaration über den Verzicht auf die Erstanwendung von Kernwaffen durch die Staaten Europas große Bedeutung beigegeben.

Aggression verurteilt

Die israelischen Kommunisten haben die verbrecherische Aggression gegen Libanon, die dem libanesischen und dem palästinensischen sowie dem israelischen Volk unzählige Leiden gebracht hat, verurteilt. Eine entsprechende politische Resolution wurde auf einer Plenarsitzung des ZK der Kommunistischen Partei des Landes angenommen. In Israel werden die Forderungen immer lauter, die Okkupationskräfte aus Libanon sofort und bedingungslos abzuwehren und die Unverletzlichkeit der libanesisch-israelischen Grenze durch UNO-Kräfte zu gewährleisten. Das Plenum verurteilt die weiteren die Drohungen der Beginn-Regierung und der Reagan-Administration an die Adresse Syriens. Die Vorbereitung auf einen Krieg gegen Syrien habe sich verstärkt, nachdem sich dieses Land geweigert hätte, dem israelisch-amerikanischen Diktator Folge zu leisten.

Im Bild: Das neue modern ausgestattete pharmazeutische Werk in Kermend (Bezirk Vas) produziert Arzneien von über 100 Bezeichnungen. Foto: TASS

Aussichtslose Politik

— Kommentar —

Im kommenden Herbst, im November, jährt sich zum 50. Mal der Tag, an dem zwischen den USA und der UdSSR diplomatische Beziehungen hergestellt wurden. In diesem Zusammenhang hat der außenpolitische Senatsausschuß des USA-Kongresses einen Bericht vorbereitet, der mit der Feststellung der Tatsache beginnt, daß die Amerikaner und die Russen in der derzeitigen Situation Zweifel anmelden werden, ob dieser Jahrestag ein geeigneter Vorwand für Feiern sein wird. Da hat der Ausschuß natürlich recht. Aber wer ist schuld daran?

durch erbitterte psychologische Attacken, die sich auf vorsätzliche Lüge und Verleumdung stützen, oder durch Drohungen und sogenannte „Sanktionen“? Alle diese Versuche sind absolut aussichtslos. Tatsache bleibt aber Tatsache: Die Verpflichtungen, unter die vor einem halben Jahrhundert F. D. Roosevelt seine Unterschrift gesetzt hat, sind für Reagan und Co. ein Fetzen Papier ebenso wie übrigens auch die UNO-Charta und die Schlussakte von Helsinki, die ebenso entschieden eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten ablehnen.

Da die Rede vom 50. Jahrestag der sowjetisch-amerikanischen diplomatischen Beziehungen ist, ist es wohl angebracht, sich an die Geschichte zu wenden und wenigstens die wichtigsten Dokumente dieser Beziehungen bestimmen. Zu diesen Dokumenten zählen zweifellos die Noten, die im Jahre 1933 der USA-Präsident Franklin Delano Roosevelt und der sowjetische Außenminister Maxim Litwinow austauschten und in denen es heißt, daß sich Moskau und Washington verpflichten, das unbestrittene Recht einer jeden Seite unbedingte Achtung vor dem Leben nach eigenen Gutdünken zu gestalten und sich vor irgendwelcher Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen zurückzuhalten.

Zu den wichtigsten Dokumenten, von den hier die Rede ist, zählt zweifellos auch das im Mai 1972 in Moskau unterzeichnete Dokument „Die Grundlagen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA“, in dem betont wird, daß beide Seiten „von der gemeinsamen Überzeugung ausgehen werden, daß es im nuklearen Zeitalter für die Unterhaltung der Beziehungen zwischen ihnen keine andere Grundlage als die friedliche Koexistenz geben kann“ und daß die „notwendigen Voraussetzungen für die Unterhaltung und Festigung von Beziehungen des Friedens zwischen der UdSSR und den USA die Anerkennung der Interessen der Sicherheit der Seiten, die sich auf das Prinzip der Gleichheit gründet, sowie der Verzicht auf Anwendung und Androhung von Gewalt sind“.

Diese Verpflichtung war von der UdSSR und den USA vor 50 Jahren übernommen worden. Und man muß jetzt die Frage stellen, was davon heute übriggeblieben ist, da Washington durch den Mund des Präsidenten leidenschaftlich für einen „Kreuzzug“ gegen den Sozialismus eintritt und die Sowjetunion lautstark als „Hort des Bösen“ hinstellt, mit dem sich die USA in politischer Hinsicht in einem „Kriegszustand“ befinden. Was ist von dieser Verpflichtung heute übriggeblieben, wo doch Washington, das die „Kräftekonfrontation“ in allen Bereichen der internationalen Beziehungen verschärft, bestrebt ist, um jeden Preis den „Sozialismus zurückzudrängen“, sei es

man tatsächlich die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die die Entwicklung gleicher, gegenseitig vorteilhafter und noch besser — gutnachbarlicher — Beziehungen, vorzusetzen, mit den in den USA konstruierten kabbalistischen Konzeptionen „begrenzt“, „langanhaltender“ und sonstiger Kernwaffenkriege vereinbaren, deren Aufmarschraum nach den Plänen der durch die zügellosen imperialistischen Ambitionen geblendeten Washingtoner Strategen Europa werden muß?

„Im Atomzeitalter hängen die Geschicke der ganzen Welt vom Gleichgewicht im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis“, wird im Bericht eines Senatsausschusses festgestellt. Man kann diese These kaum bestreiten, denn es geht tatsächlich um das Verhältnis des mächtigsten sozialistischen Staates und der führenden Großmacht des modernen Kapitalismus. Es geht um Länder, auf die beinahe die Hälfte der industriellen Weltproduktion entfällt, die einen Löwenanteil des Kern- und Raketenpotentials kontrollieren. Es geht schließlich um zwei Ständige Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates. Das alles gibt natürlich der UdSSR und den USA keine Privilegien, doch erlegt ihnen eine besondere Verantwortung für die Geschichte des Weltfriedens, für die Verhinderung einer thermonuklearen Katastrophe auf. Eben deshalb bleibt der Kurs auf friedliche Koexistenz und die Entwicklung der auf gleichberechtigter Grundlage beruhenden Beziehungen mit den USA die Generallinie der sowjetischen Politik. Im Widerspruch zu diesem Kurs steht die Politik der gegenwärtigen Washingtoner Administration, die das Ziel verfolgt, eine militärische Überlegenheit über die UdSSR zu erlangen und ihre Bedingungen zu diktieren. Wie in der jüngsten Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU mit aller Bestimmtheit hervorgehoben wurde, ist eine solche Politik sowohl unter den gegenwärtigen Bedingungen als auch in Zukunft perspektivlos.

Juri KORNILOW

„Nein“ zum Testgelände des Pentagons

Die Vereinigten Staaten wollen Anfang nächsten Jahres in der kanadischen Provinz Alberta ihre Cruise Missiles testen und haben an Kanada bereits einen entsprechenden Antrag gerichtet. Das hat in Ottawa der Minister für nationale Verteidigung, Kanada, Gilles Lamontagne, erklärt.

Hundert Antikriegsorganisationen des Landes, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Politiker, führende Gewerkschaftsorganisationen, kirchliche Einrichtungen sowie eine Reihe politischer Parteien verurteilen entschieden den geplanten Test der amerikanischen Marschflugkörper auf kanadischem Territorium, weil sie darin eine Beteiligung Kanadas an den gefährlichen Plänen der Reagan-Administration erblicken, die den Weg eines hemmungslosen nuklearen Wettrüstens beschritten hat. Die Befragung der öffentlichen Meinung Anfang dieses Jahres hatte ergeben, daß 52 Prozent der Kanadier die Idee der Verwandlung des Landes in ein Testgelände des Pentagons ablehnen.

In wenigen Zeilen

GENÈVE. Die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf über die Begrenzung und Reduzierung nuklearer Rüstungen sind mit einer Plenarsitzung fortgesetzt worden.

KOPENHAGEN. Schwedens Ministerpräsident Olof Palme hat in Kopenhagen den Vorschlag der Sowjetunion, die Ozeane in die kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa einzubeziehen, als positiv bewertet. Er verwies auch darauf, daß die neutralen Länder und die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags dem Vorschlag der schwedischen Regierung über die Schaffung einer Zone in Europa, die frei von nuklearen Gefechtsfeldwaffen ist, positiv beantwortet. Die meisten NATO-Länder hätten leider diese Idee verworfen.

BEIRUT. Tel Aviv forciert die Kolonisierung des Westjordangebirgs und des Ghaza-Streifens. In dem Bestreben, den Boden für die Annexion der ungesetzlich okkupierten Gebiete vorzubereiten, ist Tel Aviv zur Realisierung des auf 15 Jahre berechneten Ansiedlungsplans gegangen. Der Plan sieht die Anlage von 165 israelischen Wüstensiedlungen — zusätzlich zu den mehr als 130 bereits bestehenden Siedlungen — vor.

LUXEMBURG. Eine Tagung der Außen-, Wirtschafts-, Finanz- und Landwirtschaftsminister der EWG-Länder ist in Luxemburg ergebnislos zu Ende gegangen. Zu den meisten Fragen wurden infolge der anhaltenden Kontroversen keine Beschlüsse gefaßt. Die schärfsten Gegensätze kamen in der Frage des britischen Beitrages zum Budget der „Zehn“ auf.

WASHINGTON. Die Washingtoner Administration ist bemüht, die Affäre des USA-Arbeitsministers Donovan endgültig zu vertuschen. Unter dem Druck des Weißen Hauses hat die Bundeswahlkommission beschlossen, keine Untersuchung über die Verletzung des Wahlgesetzes einzuleiten, der sich Donovan während des Präsidentschaftswahlkampfes 1980 schuldig gemacht hatte.

SANTIAGO DE CHILE. Ein Tag des nationalen Protestes gegen die volksfeindliche Politik des militärischistischen Pinochet-Regimes fand in Chile statt. Wie Nachrichtenagenturen berichten, traten Berg-, Halen- und Bauarbeiter, Mitarbeiter des Verkehrswesens und der Dienstleistungssphäre sowie der staatlichen Einrichtungen in einen 24stündigen Streik. Die Studenten und Schüler brachen ihre Unterricht ab. Sie protestierten gegen Massenrepressalien und blutigen Terror, der im Lande herrscht.

Die zweite Lohntüte der Familie Jopt

Soziale Leistungen für die Familien in der DDR

Gerda und Peter Jopt mit ihren beiden Töchtern Simone und Heike wohnen in der Kleinstadt Flöha im Industriebezirk Karl-Marx-Stadt. Beide Eltern sind in der Textilfabrik des Ortes beschäftigt — er als Transportarbeiter, sie an den Spinnmaschinen. Sie sind ausgebildete Facharbeiter. Wenn man so will — nach Bildung, Beruf, Familiengröße und Einkommen — eine ganz durchschnittliche Familie in der DDR, eine von Hunderttausenden.

Morgens sechs Uhr wird es hinter den Fenstern der Jopt'schen Wohnung hell. Simone, die große Tochter, ist in dieser Woche die erste, die aus dem Bett muß. Waschen, anziehen, Frühstück. Seit die 17jährige die obligatorische 10jährige Schule absolviert hat, befindet sie sich in der beruflichen Ausbildung im Betrieb, in dem auch die Eltern arbeiten. Monatlich erhält Simone zur Zeit 120 Mark Lehrlingslohn. Nach zwei Jahren wird sie als ausgebildete Fachkraft mit vollem Lohn im Betrieb eingestellt. Vielleicht wird sie in der gleichen Abteilung arbeiten wie ihre Mutter.

In der DDR gibt es niemanden, der aus der Arbeit anderer Kapital schlägt. Alle leben von der eigenen Arbeit. Die Gewinne der volkseigenen Betriebe fließen in den Staatshaushalt, daraus werden die ständig wachsenden Fonds für die Sozialleistungen des Staates gespeist.

Mit Hilfe dieser Fonds werden zum Beispiel Wohnungen gebaut, ausreichend Schulen und Kindergärten eingerichtet, Mieten, Tarife und stabile Verbraucherpreise, eine ungenügende Gesundheitsfürsorge und medizinische Betreuung und vieles andere gewährleistet.

Während die Große das Haus verläßt, reißt sich die kleine Tochter Heike, 11 Jahre alt, noch den Schlaf aus den Augen. In allen Räumen der Wohnung ist nun Betrieb — nur um's Schlafzimmer der Eltern wird ein Bogen gemacht: Vater schläft auf „Vorra“, er arbeitet in dieser Woche Nachtschicht. Vor einem Jahr erhielten die Jopt's die neue 3-Raum-Wohnung von der Stadtverwaltung zugewiesen. „Das war eines unserer schönsten Familienerlebnisse“, erinnert sich Gerda Jopt. Als Heike sich auf den Schulweg macht, holt sie den Mietvertrag hervor. 91 Mark Miete monatlich zahlen Jopt's für diese Wohnung, einschließlich Heizungskosten und Warmwasser und Bad. Das sind ganze fünf Prozent ihres monatlichen Einkommens. Die Familie weiß, daß damit nicht der gesamte Aufwand für die Wohnung beglichen ist. Runde 3,20 Mark pro Quadratmeter Wohnfläche legt der Staat bei allen Wohnungsmieten zu. 8,7 Milliarden Subventionen aus dem Staatshaushalt allein für die Stützung der niedrigen und stabilen Wohnungsmieten waren es im vorigen Jahr insgesamt.

Familie Jopt hat ein monatliches Einkommen von 1800 Mark. Das entspricht, nach dem statistischen Jahresbericht, nahezu exakt dem durchschnittlichen Haushaltseinkommen in der DDR. Davon zahlen sie 180 Mark, also 10 Prozent, Steuern an den Staat, 120 Mark monatlich an die Sozialversicherung, die finanziell sämtliche medizinischen Leistungen für alle Familienmitglieder übernimmt sowie für das Krankengeld und die späteren Renten aufkommt. Frau Jopt läßt uns einen weiteren Blick in ihren familiären Haushaltsetat tun. 600 Mark im Monat, ein Drittel des Einkommens, gibt die Familie für Lebensmittel aus. Und das schon seit Jahren, weil die Grundpreise stabil blieben, 300 Mark monatlich sind für Industriewaren wie zum Beispiel Bekleidung vorgesehen. 91 Mark zahlen sie — wie berichtet — monatlich Miete, rund 25 Mark monatlich an Tarifen für Elektroenergie und Gas. Auch diese Preise sind staatlich gestützt, seit Jahrzehnten stabil. 300 Mark monatlich werden bei Familie Jopt gespart, für den Familienurlaub und für das neue Auto, das bald vor der Tür stehen soll.

„Wir fühlen uns wohl in unserem Zuhause, in unserem Land“, unterstreicht Frau Gerda. „Alles, was wir uns in der DDR in den vergangenen Jahren geschaffen haben — zum Beispiel sichere Arbeitsplätze, eine solide Bildung für alle Kinder, sicheres Einkommen bei stabilen Preisen für Waren des Grundbedarfs und gute Wohnungen zu niedrigen Mieten —, all das ist Ergebnis unserer aller Arbeit.“

Für 938 Mark pro Monat könnte eine vierköpfige Familie wie die Jopt's im vergangenen Jahr Leistungen und Zuwendungen des Staates in Form der sozialen Fonds in Anspruch nehmen. Das ist sozusagen die zweite Lohntüte, die sie zwar nicht in die Hand bekommen, die ihnen jedoch in Form von stabilen Mieten und Preisen, ungenügender Ausbildung und Gesundheitsfürsorge und vielem anderen mehr zugute kommt.

(Panorama DDR)

Beratungen wiederaufgenommen

Der UNO-Abrüstungsausschuß hat im Genfer Palast der Nationen seine Beratungen wiederaufgenommen. Der Ausschuß tritt in einer Situation zusammen, da sich die internationale Lage infolge der unablässigen Bemühungen der USA und ihrer NATO-Verbündeten, eine militärische Überlegenheit zu erlangen und das bestehende Kräftegleichgewicht zu stören, darunter auch durch die geplante Stationierung neuer USA-Nuklearraketen in Westeuropa zuspitzt.

Landwirtschaft im Aufstieg

Mehr als 305 000 Bauernfamilien bekamen Boden nach der Aprilrevolution in der DRA

Die Sowjetunion setzt sich im UNO-Abrüstungsausschuß wie auch in den anderen internationalen Foren konsequent für die Festigung der internationalen Sicherheit, für die Eindämmung des Wettrüstens und für Abrüstung ein. In dem zentralen Problem — der Abwendung eines Kernwaffenkrieges — hat es die sowjetische Delegation gemeinsam mit der überwiegenden Mehrheit anderer Staaten nach beendeter Kampfs mit dem obstruktivistischen Kurs der USA durchgesetzt, daß diese Frage in die Tagesordnung des Ausschusses aufgenommen worden ist. Jedoch ist die dringende Aufgabe — die Bildung eines speziellen Arbeitsorgans — noch nicht gelöst, das politische und rechtliche Bestimmungen formulieren soll, die die Menschheit vor der verhängnisvollen Gefahr schützen sollen.

Eine andere vorrangige Frage ist das vollständige und allgemeine Verbot der Kernwaffenversuche. Die GROSSBRITANNIEN. Hunderte Menschen aus allen Teilen des Landes kamen zum Tor des Luftstützpunkts der USA im Dorf Upper Heyford (Großschiff Oxfordshire) auf dem mit Kernwaffen bestückte amerikanische Jagdbomber F-111 stationiert sind. Initiator dieser Protestkundgebung sind die Bewohner des am Stützpunkt entstandenen „Friedenszellars“ und die örtliche Abteilung der Massenorganisation „Bewegung für nukleare Abrüstung“. Bestrebt, die Kundgebung der Friedensanhänger zu sprengen, haben die Behörden zu Repressionsmaßnahmen gegriffen. Einige Kundgebungsteilnehmer in Upper Heyford wurden festgenommen.

Im Bild: Beim Auseinanderjagen der Protestkundgebung. Foto: UPI-TASS

Im Bild: Beim Auseinanderjagen der Protestkundgebung. Foto: UPI-TASS

Nach dem Sieg der Aprilrevolution in Afghanistan wurden im Lande 1 234 landwirtschaftliche Genossenschaften geschaffen, die rund 200 000 Bauern vereinen. Das berichtet die Nachrichtenagentur Bakhtar. Die Größe der Erträge auf dem Gebiet der Landwirtschaft präsentiert sich besonders auffällig und eindrucksvoll dann, wenn man die derzeitige Situation mit der Lage vergleicht, die vor dem Sieg der Aprilrevolution herrschte. Damals gehörte der gesamte Boden den Großgrundbesitzern und Feudalen, die lediglich fünf Prozent der Landesbevölkerung ausmachten. Die bodenlosen Bauern sahen sich gezwungen, den Boden der Großgrundbesitzer zu bebauen und an sie einen Naturalzins zu entrichten, der durchschnittlich von 50 bis 90 Prozent der Ernte ausmachte. Es ist nur natürlich, daß das Lebensniveau der Bevölkerung, von der 90 Prozent in der landwirtschaftlichen Produktion tätig war, außerordentlich niedrig war.

Wie die Nachrichtenagentur weiter ausführt, sind die Perspektiven der landwirtschaftlichen Entwicklung im laufenden afghanischen Jahr (März 1983 — März 1984) günstig. Die Bank für landwirtschaftliche Entwicklung der DRA wird den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und den einzelnen Bauernwirtschaften für den Erwerb moderner Landtechnik und Ausrüstungen 920 Millionen Afghani zur Verfügung stellen. Zugleich hat die DRA-Regierung 250 Millionen Afghani aus dem Staatshaushalt für Kredite bereitgestellt, die die Bauern für den Erwerb von mineralischen Düngemitteln zu günstigen Bedingungen verwenden. Es ist vorgesehen, die Bruttoproduktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im laufenden afghanischen Jahr um sechs und das Nationaleinkommen um vier Prozent zu steigern.

Leider wird die Verwirklichung des Plans für sozialökonomische Entwicklung des Landes infolge der konterrevolutionären Banden verlangsamt, die die Bewässerungsanlagen zerstören, den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften materiellen Schaden zufügen und die Ernte vernichten. In den fünf Jahren der Revolution ist für fast 900 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften materieller Schaden entstanden. Das Ergebnis davon ist, daß die Bauern gezwungen sind, nicht nur ihrer friedlichen schöpferischen Arbeit nachzugehen, sondern auch mit der Waffe in der Hand die Errungenschaften der nationaldemokratischen Revolution zu verteidigen.

«Stichhaltige Beweise» aus den Fingern gesaugt

Einige französische Zeitungen, die das Abschlußkommuniqué der in Paris abgehaltenen NATO-Rüstungstagung veröffentlichten, hatten die verlogene Version abgedruckt, wonach es „stichhaltige Beweise“ für einen andauernden Einsatz chemischer Waffen in Südostasien und in Afghanistan gibt, wonach die Sowjetunion etwas zu tun hat. Die französischen Blätter, die auf diese Weise die Sowjetunion verleumdete, verschwiegen zugleich vollständig die Schlussfolgerungen aus dem Bericht, der auf der Konferenz der „Amerikanischen Vereinigung für die Förderung der Wissenschaft“ vorgelegt worden war.

Wie in diesem Bericht amerikanischer Wissenschaftler auf dem Gebiet der Biochemie betont wird, stellt das, was das USA-Außenministerium und der Geheimdienst CIA als Folge der sogenannten gelben Regenergie hinzustellen versuchen, in Wirklichkeit nichts anderes als Bienelexkremente dar. Die Biochemiker belegen ihre Schlussfolgerung mit den Ergebnissen von Untersuchungen, die die verlogene Version Washingtons voll und ganz widerlegen.

Die Sowjetunion hat, was wohlbekannt ist, niemals chemische Waffen eingesetzt und diese auch niemandem übergeben. Sie trat und tritt stets dafür ein, daß es auf der Erde für chemische Waffen keinen Platz gibt. Die Sowjetunion fordert, daß die C-Waffen weltweit gesetzlich geächtet werden. Zu diesem Zweck hat die Sowjetunion im vorigen Jahr den Entwurf der „Grundbestimmungen einer Konvention über das Verbot der Entwicklung, der Produktion und der Lagerung chemischer Waffen und die Vernichtung ihrer Vorräte“ unterbreitet.



«Stichhaltige Beweise» aus den Fingern gesaugt

Einige französische Zeitungen, die das Abschlußkommuniqué der in Paris abgehaltenen NATO-Rüstungstagung veröffentlichten, hatten die verlogene Version abgedruckt, wonach es „stichhaltige Beweise“ für einen andauernden Einsatz chemischer Waffen in Südostasien und in Afghanistan gibt, wonach die Sowjetunion etwas zu tun hat. Die französischen Blätter, die auf diese Weise die Sowjetunion verleumdete, verschwiegen zugleich vollständig die Schlussfolgerungen aus dem Bericht, der auf der Konferenz der „Amerikanischen Vereinigung für die Förderung der Wissenschaft“ vorgelegt worden war.

Wie in diesem Bericht amerikanischer Wissenschaftler auf dem Gebiet der Biochemie betont wird, stellt das, was das USA-Außenministerium und der Geheimdienst CIA als Folge der sogenannten gelben Regenergie hinzustellen versuchen, in Wirklichkeit nichts anderes als Bienelexkremente dar. Die Biochemiker belegen ihre Schlussfolgerung mit den Ergebnissen von Untersuchungen, die die verlogene Version Washingtons voll und ganz widerlegen.

Die Sowjetunion hat, was wohlbekannt ist, niemals chemische Waffen eingesetzt und diese auch niemandem übergeben. Sie trat und tritt stets dafür ein, daß es auf der Erde für chemische Waffen keinen Platz gibt. Die Sowjetunion fordert, daß die C-Waffen weltweit gesetzlich geächtet werden. Zu diesem Zweck hat die Sowjetunion im vorigen Jahr den Entwurf der „Grundbestimmungen einer Konvention über das Verbot der Entwicklung, der Produktion und der Lagerung chemischer Waffen und die Vernichtung ihrer Vorräte“ unterbreitet.

Briefe an die Freundschaft

Den Frieden schützen!

Liest man Zeitungen, oder hört Radio, wird man ernst um den Frieden besorgt. Ich habe den schweren Krieg durchgemacht...

Heinrich HASENKAMPF, Arbeitsveteran

Eigene Verantwortung verpflichtet

Als vor drei Jahren im Geflügelzuchtswichos „Kaskelenski“ die Frage entstand, wer die Leitung der Brutabteilung übernehmen soll...

Der Arbeitsstil von Maria Derr ist ein Vorbild für viele. Wohl eben deshalb gibt es im Kollektiv keine Disziplinverletzungen...

Das Kollektiv für Körperkultur „Avantgarde“ des Maschinenbauwerkes „V. W. Kuibyschew“ zählt zu den besten im Gebiet Nordkasachstan...

„Die Sportler unseres Betriebs haben in den letzten Jahren mehrere Diplome, Ehrenurkunden, Preise und Pokale erworben“...

Erst gut erwägen, dann handeln

Der Autor des Artikels „Ein Glück, das man nicht unterschätzen darf“... Fr. Nr. 93, sagt: „Es gibt für mich nur eine Heimat...“

Jakob KÄMPF Kabardinisch-Balkarien



Im Kulturhaus des Dorfes Seljony Gai, Gebiet Kokschatag, gibt es gute Bedingungen für die Laienkunst. Abends kommen hierher Mechanisatoren und Lehrer, Bauarbeiter und Viehzüchter...

Foto: Wladislaw Cholin

Fahrer auf der Bühne

In Karaganda ging unlängst der Laienkunstwettbewerb der Kraftverkehrsverbände für Personenbeförderung, des Busparks Nr. 3 und des Taxiparks Nr. 2...

Maschinenbau und Lyrik

Im Werk „Zelinoградselmasch“, das moderne Antierosionsmaschinen herstellt, sind viele junge Menschen tätig. Darunter auch Vitali Stempel...

Restaurierung in Schlussetappe

Mit dem Beginn der Renovierung der Mariae-Verkündungs-Kathedrale sind die Restaurierungsarbeiten an den kulturhistorischen Denkmälern des Moskauer Kreml in ihre Schlussetappe getreten...

„Avantgarde“ allen voran

Das Kollektiv für Körperkultur „Avantgarde“ des Maschinenbauwerkes „V. W. Kuibyschew“ zählt zu den besten im Gebiet Nordkasachstan...

Dienstleistungsbereich einer Fabrik

Die in der Kustanaier Konfektionsfabrik eingerichtete Zweigstelle des Dienstleistungsbereichs hat den beauftragten Frauen zahlreiche Hausarbeiten abgenommen...

BÜCHERMARKT der „Freundschaft“

Table listing books for sale with titles, authors, and prices in Rubels. Includes titles like 'Der deutsche Renaissancehumanismus', 'Defa-Spielfilm-Regisseure', etc.

Redaktionskollegium

Herausgeber „Sozialistik Kasachstan“

Die Kysylkum gibt ihre Geheimnisse preis

Der Staatspreisträger der Kasachischen SSR Kemal ANISCHEW, Leiter der Südkasachstan-Komplexexpedition und Abteilungsleiter am Institut für Geschichte, Archäologie und Ethnographie der Akademie der Wissenschaften Kasachstans...